



2018/30 Inland

<https://jungle.world/artikel/2018/30/schwere-zeiten-fuer-kritische-geister>

Studierende sind immer häufiger mit Polizeieinsätzen auf dem Campus konfrontiert

Schwere Zeiten für kritische Geister

Von **Peter Nowak**

Engagierte Studierende haben nicht nur mit der Verschulung des Studiums Probleme. Immer häufiger sehen sie sich auch mit Polizeieinsätzen und behördlichen Sanktionen konfrontiert.

Die Zeiten, in denen in nahezu regelmäßigen Abständen Studierende ihren Seminaren aus politischen Gründen fernblieben und stattdessen für mehr Geld, für Bildung und autonome Seminare demonstrierten und Hochschulgebäude besetzten, sind schon lange vorbei. Vorbei sind auch die Zeiten, als sich die universitäre Linke darüber stritt, ob ein Vorlesungsboykott Streik genannt werden sollte. Die Studierenden führten schließlich keinen Arbeitskampf.

Doch an den Berliner Hochschulen hat im vergangenen Semester vor allem der mittlerweile beendete Streik der studentischen Hilfskräfte zur Politisierung auf dem Campus beigetragen. Der Höhepunkt war die Besetzung des Audimax der Technischen Universität Berlin (TU) am 13. Juni, den die Universitätsleitung fünf Tage später von der Polizei räumen ließ.

»Die Universitätsleitung hat vollkommen überzogen reagiert. Die Besetzerinnen und Besetzer hatten realistische Forderungen aufgestellt und angeboten, den Hörsaal innerhalb der nächsten 24 Stunden zu räumen, sollte auf ihre Forderungen eingegangen werden«, kritisierte Konstantin Korn vom Vorstand des »Freien Zusammenschlusses von Studierendenschaften« (FZS) den Polizeieinsatz. Kritik kam auch von den beiden DGB-Gewerkschaften Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Verdi sowie von der Basisgewerkschaft Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU), die allesamt in den Arbeitskampf der studentischen Beschäftigten involviert gewesen waren.

Die Räumung des Audimax war nicht der erste Polizeieinsatz an der TU Berlin in diesem Jahr. Bereits Ende Mai zerrten Polizisten bei einer immobilienwirtschaftlichen Ringvorlesung am Institut für Architektur eine Kritikerin des Immobilienentwicklers Christoph Gröner aus dem Saal. Ein Großteil der Veranstaltungsteilnehmer quittierte das Eingreifen der Polizei nicht etwa mit Protest, sondern mit Applaus.

Das Forum Urban Research and Intervention (FURI), eine Gruppe kritischer Wissenschaftler und Studierender, kritisierte den Polizeieinsatz und die Reaktionen. »Wir bedauern, dass das anwesende Publikum die Eskalation der Veranstaltung mit dem Eingreifen der Polizei nicht verhindert hat. Wir sehen uns als Studierende besonders in der Verantwortung, den universitären Raum vor unwissenschaftlichem und diskriminierendem Verhalten sowie dem

Eingreifen der Polizei zu schützen und andere Wege zu finden, meinungsoffene Debatten zu gewährleisten«, heißt es in einem offenen Brief von FURI.

Doch gerade die wie Eigenwerbung wirkende Veranstaltung Gröners zeigte, dass kritische Auseinandersetzung heutzutage nicht nur für die Universitätsleitung, sondern auch für viele Kommilitonen entbehrlich ist.

In Berlin hat im vergangenen Semester vor allem der Streik der studentischen Hilfskräfte zur Politisierung auf dem Campus beigetragen.

Die wenigen linken Studierenden sind nicht nur in Berlin schnell mit Sanktionen konfrontiert. Staatliche Repression gegen kritische Studierende ist nach Einschätzung von Nathalia Schäfer vom FZS-Vorstand in allen Bundesländern unabhängig von der politischen Zusammensetzung der Landesregierung häufiger geworden. So versucht die Polizei im grün-schwarz regierten Baden-Württemberg derzeit, zwei Datenträger der Verfassten Studierendenschaft der Universität Freiburg zu entschlüsseln. Sie enthalten die Daten von 25 000 Studierenden der Universität in Form von Wählerverzeichnissen, die kompletten Personal- und Arbeitnehmerdaten der Verfassten Studierendenschaft sowie sämtliche Lohnabrechnungen mit Kontakten und Kontodaten der AStA-Angestellten. Die Datenträger waren aus Sicherheitsgründen nicht im AStA-Büro, sondern in der Privatwohnung des Administrators gelagert, weil es in den Räumen der Verfassten Studierendenschaft schon häufiger zu Einbrüchen gekommen sei. Die Wohnung wurde bei einer Razzia gegen die linke Internetplattform »Indymedia Linksunten« durchsucht.

»Nach Unterrichtung des Regierungspräsidiums Freiburg und des LKA, dass die beschlagnahmten Datenträger Eigentum der Verfassten Studierendenschaft seien, und dass wir nichts mit der verbotenen Internetplattform zu tun hätten, wurden diese ohne weiteres wieder an uns zurückgegeben«, schrieb der Studierendenrat auf seiner Website. Allerdings hatten die Behörden zuvor Kopien angefertigt, wie das Bundesinnenministerium einräumte, an deren Entschlüsselung weiter gearbeitet werde.. Der Freiburger AStA kämpft seitdem um die Rückgabe der Daten.

Im schwarz-grün regierten Hessen sorgte ein heftiger Polizeieinsatz Mitte April 2017 auf dem Gelände der Goethe-Universität in Frankfurt am Main bei linken Studierenden für Empörung. Damals drangen etwa 150 Polizisten ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluss in das Studierendenhaus auf dem Universitätsgelände ein und beschlagnahmten Computer. Vorausgegangen war ein Angriff einer Gruppe verummter Personen mit Steinen, Stahlpollern, und Farbbeuteln auf ein Hotel der Maritim-Gruppe an der Frankfurter Messe aus Protest gegen den Bundesparteitag der AfD, der wenige Tage später im Kölner Maritim-Hotel stattfinden sollte. Nach Angaben der Polizei vermutete sie mehrere flüchtige Angreifer in einem Café in dem Studierendenhaus. Alle Personen, die sich in dem Gebäude aufhielten, wurden festgesetzt und konnten erst nach einer Personalienkontrolle gehen. Während der hessische Innenminister Peter Beuth (CDU) den Polizeieinsatz gegen Kritik verteidigte, hat das Amtsgericht Frankfurt ihn mittlerweile für rechtswidrig erklärt.

In Bayern kann linkes studentisches Engagement sogar den Arbeitsplatz kosten. Ein Berufsverbot gegen den angehenden Lehrer Benedikt Glasl begründete die Regierung von

Oberbayern mit Erkenntnissen des Verfassungsschutzes, denen zufolge der Mann sich während seines Studiums in zwei der Linkspartei nahestehenden Organisationen engagiert hatte. Das Bayerische Verwaltungsgericht entschied Mitte März per einstweiliger Anordnung, dass Glasl seine Ausbildung fortsetzen und bis Jahresende an einer Schule hospitieren könne.